

Nr. 18/838**Armutsbekämpfung neu denken: Enquete-Kommission einsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2013
(Drucksache [18/958](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/839**Lampedusa muss ein Wendepunkt für Europa sein!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. November 2013
(Drucksache [18/1119](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in den Organen des Bundes und der Europäischen Union für eine humane europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik einzutreten und dabei besonders folgende Punkte in den Mittelpunkt zu stellen:

- Oberste Priorität für die nationalen und europäischen Institutionen der Grenzsicherung muss der Schutz von Leib und Leben der Flüchtlinge haben. Alle Rechtsvorschriften, nach denen Menschen, die Flüchtlingen auf See zu Hilfe kommen, bestraft werden, müssen geändert werden.
- Asylsuchenden muss ein sicherer und fairer Zugang zum Asylsystem der Europäischen Union gewährt werden. Der völkerrechtliche Grundsatz der Nichtzurückweisung muss beachtet werden. Kein Flüchtlingsboot darf zur Umkehr gezwungen werden!
- Die Verantwortung für die Gewährung von Asyl muss in Europa gemeinsam getragen werden; Staaten, in deren Hoheitsgebiet etwa die auf See geretteten Personen an Land gehen, fällt nicht automatisch die alleinige Verantwortung zu. Das Abkommen von Dublin muss grundlegend geändert werden, vorrangig durch Einführung einer Klausel für Mechanismen solidarischen Ausgleichs zwischen den Mitgliedstaaten.
- Die Länder und Kommunen dürfen zugleich aber nicht mit den Kosten, die aus verstärktem Zuzug von Flüchtlingen resultieren, allein gelassen werden. Die EU und der Bund müssen sich hier beteiligen, gegebenenfalls auch im Rahmen eines solidarischen Ausgleichssystems innerhalb Europas.
- Das bestehende, aber selten angewendete Instrument des humanitären Visums sollte stärker genutzt werden.
- Die Möglichkeiten legaler, gegebenenfalls auch temporärer Migration in die EU müssen ausgeweitet werden.
- Ausrichtung und Steuerung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) und der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) müssen auf die Ziele einer humanitären Flüchtlingspolitik ausgerichtet und unter die parlamentarische Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden.

- Die EU und ihre Mitgliedstaaten bleiben aufgerufen, sich für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern einzusetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung von EU-Exportsubventionen für Lebensmittel, die die dortige, heimische Landwirtschaft ruinieren.

Nr. 18/840

Betriebe der Erneuerbaren-Energie-Branche bei Kurzarbeit unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. August 2013
(Drucksache [18/1011](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 28. August 2013

(Drucksache [18/1043](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Entlastung der Arbeitgeber von Sozialversicherungsbeiträgen für in Kurzarbeit Beschäftigte befristet für Betriebe, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind, wieder eingeführt wird. Die Regelung soll kurzfristig greifen und zeitlich befristet werden. Um Mitnahmeeffekte zu minimieren, soll die Kostenübernahme in Höhe und Dauer gestaffelt erfolgen.

Nr. 18/841

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Mitteilung des Senats vom 9. Juli 2013
(Drucksache [18/994](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/842

Gesetz zur Änderung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 2013
(Drucksache [18/1079](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/843

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel verbessern

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2013
(Drucksache [18/1085](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/844

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22 vom 6. November 2013

(Drucksache [18/1118](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/845

Abkommen zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg

Mitteilung des Senats vom 12. November 2013

(Drucksache [18/1124](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/846

Bremen braucht einen „Masterplan Bildung“

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. September 2013

(Drucksache [18/1065](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/847

Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 5. Dezember 2012

(Drucksache [18/683](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/848

Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

vom 9. August 2013

(Drucksache [18/1012](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Nr. 18/849

Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität schützen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. August 2013

(Drucksache [18/1018](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/850

Wissenschaftsfinanzierung neu ordnen: mehr Verantwortung des Bundes bei der Forschung und mehr Chancen der Länder in der Grundfinanzierung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. August 2013
(Drucksache [18/1017](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundes- und Länderebene dafür einzusetzen, dass
 - a) die Wissenschaftsfinanzierung für die außeruniversitären Forschungsinstitute MPG und WGL mit einem Finanzierungsschlüssel von 70 zu 30 sowie bei den Forschungsmuseen und Einrichtungen der WGL, die in erheblichem Umfang wissenschaftliche Infrastrukturmaßnahmen wahrnehmen, von 90 zu 10 zwischen Bund und Ländern verändert wird (bei Beibehaltung des Finanzierungsschlüssels zwischen Sitzland und anderen Bundesländern).
 - b) die Programmpauschalen der Projektkosten aus DFG-Mitteln (zweite Säule Hochschulpakt) sukzessive auf 50 % bis zum Jahr 2019 angehoben werden.
 - c) die Projektpauschalen der Drittmittelprojekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf 30 % angehoben werden.
 - d) der Pakt für Forschung und Innovation nach 2015 von 5 % Aufwuchs auf 3 % zurückgeführt wird.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass bei erfolgreichen Ergebnissen aus Punkt 1 die eingesparten Mittel aus der außeruniversitären Forschungsförderung, dem Pakt für Forschung und Innovation sowie den Programm- und Projektpauschalen für die Grundfinanzierung der Hochschulen, insbesondere für die Lehre, genutzt werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Entflechtungsmittel für den Hochschulbau auf 900 Mio. € jährlich aufgestockt werden und erklärt, dass sie diese für das Bundesland Bremen zur Verfügung gestellten Entflechtungsmittel für den Hochschulbau ab 2014 weiterhin dem Hochschulbau zweckbindend zur Verfügung stellt.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die erzielten Ergebnisse des Senats in der GWK und die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz sowie der Konferenz der Regierungspräsidentinnen und Regierungspräsidenten zum Hochschulpakt und erwartet vom Senat eine optimale Ausschöpfung der vom Bund für Bremen in Aussicht gestellten Mittel, um die vorhandene Anzahl der Studienplätze zu sichern.

Nr. 18/851

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union wirkungsvoll bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1019](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/852

„Pflege braucht ein Gesicht“ – Pflegebeauftragten einsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1020](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/853

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bedingungen für Wagniskapitalfinanzierungen im Land Bremen verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1022](#))
2. Sexueller Missbrauch von Kindern und Kinder- und Jugendpornografie im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1023](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013
(Drucksache [18/1089](#))
3. Entwicklung der Mhallamiye im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1027](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. September 2013
(Drucksache [18/1056](#))
4. Arbeitsverbote für Flüchtlinge abschaffen, Arbeitsmarktzugang sicherstellen
– ESF-Bundesprojekt fortführen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. August 2013
(Drucksache [18/1029](#))
5. Wissenstransfer als Impulsgeber der Wirtschaftsentwicklung fördern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2013
(Drucksache [18/1030](#))
6. Novellierung des Bremer Gesetzes über die Haltung von Hunden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1034](#))
7. Besoldung von Richtern und Staatsanwälten im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1035](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013
(Drucksache [18/1090](#))
8. Sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung vermeiden
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2013
(Drucksache [18/1042](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. November 2013
(Drucksache [18/1123](#))

9. Überwachungssoftware unter das Kriegswaffenkontrollrecht stellen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. August 2013
(Drucksache [18/1044](#))
10. Einflussmöglichkeiten auf Intensivtierhaltung nutzen und vorantreiben
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1048](#))
11. Kriterien „guter Arbeit“ in die Wirtschaftsförderung integrieren
Mitteilung des Senats vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1051](#))
12. Bildungssituation von Flüchtlingen in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1054](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1104](#))
13. Verpflegungsstandards für Flüchtlinge verbessern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2013
(Neufassung der Drucksache [18/946](#) vom 11. Juni 2013)
(Drucksache [18/956](#))
14. Verpflegungsstandards für Flüchtlinge verbessern
Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 19. September 2013
(Drucksache [18/1062](#))
15. Möglichkeiten in der Nutzung von WLAN an Schulen in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/1059](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2013
(Drucksache [18/1098](#))
16. Weg mit dem Generalverdacht: Generellen Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende aufheben
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/1060](#))
17. Auf Homophobie entschlossen reagieren
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. September 2013
(Drucksache [18/1063](#))
18. Schaffung und Förderung von barrierefreiem Wohnraum in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. September 2013
(Drucksache [18/1064](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1105](#))

19. Mehr qualifizierte Abschlüsse – Arbeitsförderung konsequent auf Armutsbekämpfung ausrichten
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. September 2013
(Drucksache [18/1075](#))
20. Verantwortung für Offshore-Windenergie-Investitionen gemeinsam tragen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Oktober 2013
(Drucksache [18/1103](#))
21. Keine Bremer Unterstützung für die Abschottung der europäischen Außengrenzen – FRONTEX-bezogene Wirtschaftsförderung stoppen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1110](#))
22. Umgang der Polizei Bremen mit Gewalt gegen und durch Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. September 2013
(Drucksache [18/398 S](#))

D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. November 2013
(Drucksache [18/410 S](#))

